

AUSLÄNDER/INNEN ZWISCHEN ANPASSUNG UND AUSGRENZUNG

Zusammenfassung einer Studie über die soziale Lage der AusländerInnen in OÖ.

1. Einleitung	90
2. Restriktive Rahmenbedingungen im Aufnahmeland	91
3. Subjektive Wahrnehmungen der MigrantInnen: Wohlbefinden mangelhaft im Aufnahmeland	100
4. Welche Ergebnisse brachten die offenen Fragen?	109
5. AusländerInnen in Oberösterreich – hoher Anteil an Erwerbsfähigen	110
6. Resümee – Integration ist zweckmäßig	114

Josef Gunz

**Leiter der Abteilung
für theoretische
Soziologie und
Sozialanalysen am
Institut für Soziologie
an der Universität
Linz**

Auszug aus WISO 1/2000

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Einleitung

*im
herkömmlichen
Sprachgebrauch
Fremde*

Der Grundtenor dieser Studien weist auf das Spannungsverhältnis hin, in dem Zugezogene, Frauen und Männer, deren Kinder und Kindeskiner bei uns leben. Sie sind im herkömmlichen Sprachgebrauch Fremde, auch wenn ihr Fremdsein über Generationen hinweg manchmal nur noch in Spurenelementen vorhanden ist. Obwohl die lange Geschichte der Menschheit erhebliche Wanderbewegungen aufweist, ist der Zuzug von Menschen aus anderen Ländern und anderen Kulturen nicht zur Selbstverständlichkeit geworden. Es kann darin kein Prozess gesehen werden, der allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz genießt. Ganz im Gegenteil: Nahezu alle Nationen und Völker dieser Welt beweisen den Fremden gegenüber unterschiedliche Verhaltensweisen, seien sie besonders gastfreundlich oder abweisend. Die Wurzeln dieses ambivalenten Umgangs liegen sehr tief. Sie aufzuspüren und ihren Verästelungen nachzugehen ist vornehmlich Aufgabe jener Einrichtungen, die sich dafür interessieren und aus diesem Interesse einen Nutzen ableiten, der beiden Teilen zugute kommen soll, den Zugezogenen und den heimisch Gewordenen. Es geht also um die geradezu klassisch gewordene Strategie jenes Teilens, welches langfristig allen Beteiligten mehr nützen als schaden soll. Die Studie über die soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich wurde in zwei Phasen durchgeführt. In der ersten Untersuchungsphase fand in der Stadt Steyr eine Fallstudie statt. Eine standardisierte Erhebung mittels Fragebogen im gesamten oberösterreichischen Raum erfolgte in der zweiten Untersuchungsphase. Die Erhebungen in Steyr begannen im Frühjahr 1998. Auf diese Ergebnisse aufbauend wurde die Erhebung in Oberösterreich gestartet und Ende September 1999 abgeschlossen.

*Wurzeln dieses
ambivalenten
Umganges liegen
sehr tief*

*erste
Untersuchungs-
phase in der
Stadt Steyr*

*Erhebung in
Oberösterreich*

In dieser Zusammenfassung werden in geraffter Form die wichtigsten Ergebnisse referiert, Schlussfolgerungen gezogen und Empfehlungen ausgesprochen.

Detaillierte Informationen über die Untersuchungsergebnisse bietet dem interessierten Leser die Langfassung des Projektberichtes.¹

Entsprechend der vom Sozialreferat des Landes initiierten Thematik der Untersuchung orientiert sich die Abfassung dieser Studie daran, was als integrationsfördernd beziehungsweise was als integrationshemmend empfunden wird. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen orientieren sich an diesem Leitmotiv.

*vom
Sozialreferat des
Landes initiiert*

In der umfangreichen Befragung hatten die MigrantInnen Gelegenheit, ihre ganz persönlichen Empfindungen und Erfahrungen zum Ausdruck zu bringen. Die engagierte Mitarbeit der verschiedenen Vereine zur Betreuung der AusländerInnen und der Einsatz muttersprachlicher InterviewpartnerInnen haben zu dieser Dokumentation einen ganz wichtigen Beitrag geliefert.

*persönliche
Empfindungen
und Erfahrungen*

2. Restriktive Rahmenbedingungen im Aufnahmeland

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen wurde untersucht, wie die MigrantInnen in die gesellschaftlichen Subsysteme Wohnung und Arbeit eingebunden sind. Schon bei den ersten Erhebungen über die soziale Lage der MigrantInnen in Steyr wurde die enge Verflechtung zwischen Aufenthaltsdauer, Arbeitsbewilligung und Wohnungsvergabe evident. Dementsprechend haben MigrantInnen bei der Wohnungssuche mit unterschiedlichen Hürden zu kämpfen.

*Verflechtung
zwischen
Aufenthaltsdauer,
Arbeitsbewilligung
und
Wohnungsvergabe*

2.1. Wohnsituation: beengt und Substandard

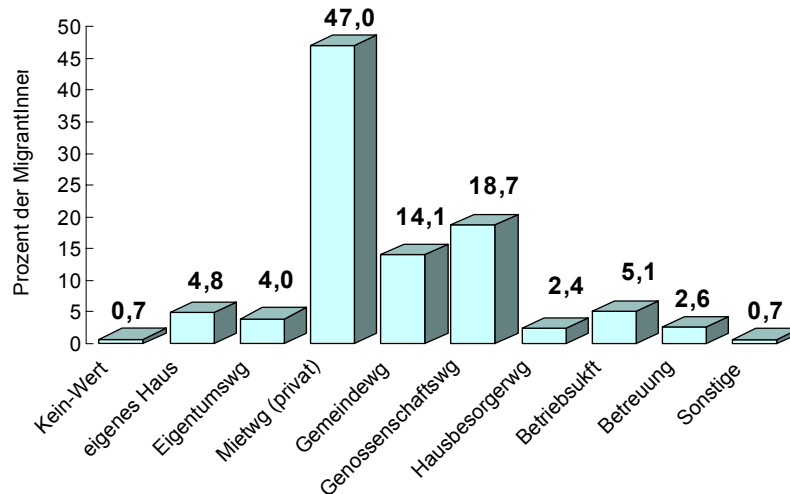
Unterkünfte, die privat vermietet werden, sind in den Interviews großteils als heruntergekommen, desolat und viel zu teuer bezeichnet worden. In strukturschwachen Stadtteilen wohnende MigrantInnen werden extrem ausgenützt.

*MigrantInnen
werden extrem
ausgenützt*

Der Zugang zu Genossenschafts- oder Gemeindewohnungen ist vielfach an Bedingungen geknüpft:

<i>5 Jahre Ansässigkeit und Arbeitsbewilligung verlangt</i>	<p>In Steyr werden beispielsweise 5 Jahre Ansässigkeit am Wohnort und Arbeitsbewilligung verlangt. (Diese Bedingungen werden in anderen oberösterreichischen Gemeinden und Städten unterschiedlich gehandhabt.)</p> <p>Große Wohnungen in Neubauten bleiben oft leer, weil sie den InländerInnen zu teuer sind. Eine solche Wohnung wird dann von mehreren MigrantInnen bewohnt, um die Miete finanzieren zu können. Dadurch wächst der Ausländeranteil über die kommunal festgelegte 10-Prozent-Marke. Der erhöhte Wasserverbrauch ärgert und belastet die anderen Mieter, die Lärm- und Geruchsbelästigungen stören Mieter und Anrainer. Die "Festlegung" der 10-Prozent-Quote wird willkürlich gehandhabt. In Hinterberg/Hammer, in Steyrdorf und Ennsdorf liegt der Ausländeranteil über 20 Prozent.</p> <p>Ausländische Mieter setzen sich über die Hausordnung und die Regelungen im Mietvertrag hinweg, weil sie die Vereinbarungen nicht kennen und nicht verstehen. Daraus entsteht ein Klima der gegenseitigen Beschuldigungen zwischen In- und AusländerInnen.</p>
<i>erhöhter Wasserverbrauch, Lärm- und Geruchsbelästigung</i>	<p>Eine Konfliktlösung innerhalb des Wohnungsbereiches wird von den InländerInnen in Steyr überwiegend in einer Quotenregelung in allen Stadtteilen gesehen. Spannungen im Wohnumfeld könnten durch die Übersetzung der Hausordnung in mehrere Sprachen verringert werden.</p> <p>Dass sich gerade im Wohnbereich die Marktmechanismen besonders negativ auf die AusländerInnen auswirken, wird in diesen Vorschlägen nicht berücksichtigt.</p>
<i>Quotenregelung als Konfliktlösung</i>	<p>Bei der repräsentativen Umfrage unter den MigrantInnen in ganz Oberösterreich ergaben die Erhebungen über die Wohnverhältnisse folgende Ergebnisse:²</p>

Abbildung 1: Rechtsform der Wohnung / des Hauses

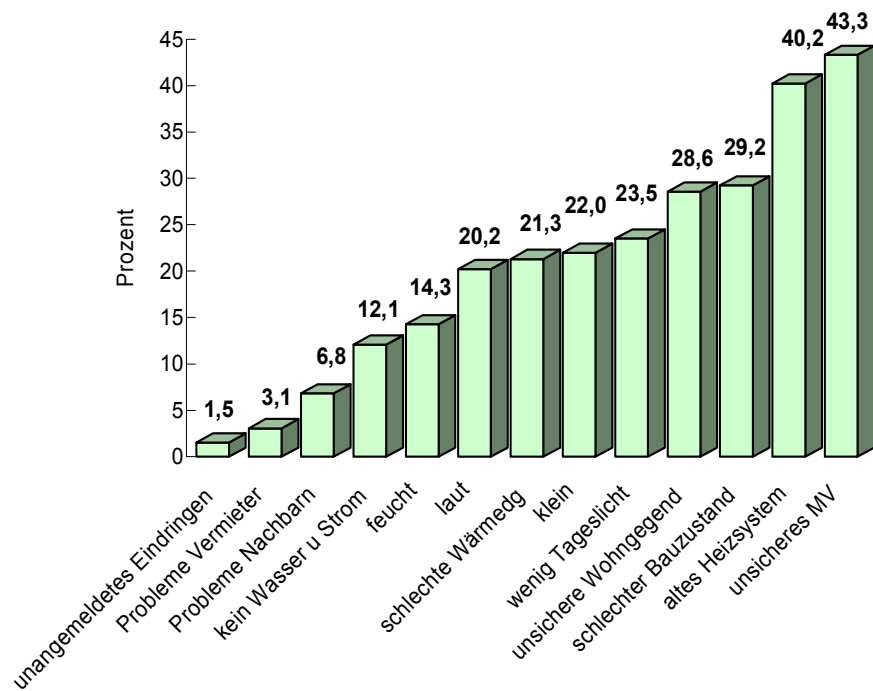


Nahezu die Hälfte der Befragten (47 Prozent) leben in einer privaten Mietwohnung, 15 Prozent in einer Gemeindewohnung und 19 Prozent in einer Genossenschaftswohnung. Ein Drittel der Befragten wohnt demnach in Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen.

Unsichere Mietverhältnisse, veraltetes Heizungssystem, schlechter Bauzustand und unsichere Wohngegenden werden am häufigsten genannt. Ein Fünftel der Befragten gibt keinen Mangel an, aber 4/5 der Befragten geben einen und mehr Mängel an.³

4/5 der Befragten geben einen oder mehr Mängel ein

Abbildung 2: Häufigkeit der Wohnmängel



MigrantInnen zahlen mehr Wohnungsmiete

Im Durchschnitt zahlen die MigrantInnen bei geringerer Wohnqualität mehr für die Wohnungsmiete als die ÖsterreicherInnen. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für schlecht ausgestattete Wohnungen liegt höher (ATS 65,80) als bei besser ausgestatteten Wohnungen (ATS 61,90). Nur bei den eingebürgerten MigrantInnen stellt sich die Kostensituation so dar, wie sie der regionalen Marktlage entspricht: Schlechte Wohnqualität – günstigere Mieten.⁴

Tabelle 1: Wohnungsquadratmeterpreis nach Wohnungsausstattung und Herkunft

Nationalität	Gesamt	gute Ausstattung	schlechte Ausstattung
	Mittelwert in Schillingen pro Quadratmeter Wohnfläche		
Ehem. Jugoslawien	62,70	61,40	64,80
Türkei	63,10	61,90	63,90
Andere	70,90	61,10	82,00
ÖsterreicherInnen ⁵	62,80	64,30	59,10
Gesamt	63,70	61,90	65,80

Personen türkischer Herkunft sind stärker von Wohnmängeln betroffen als die Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien. Mit der Einbürgerung ist eine deutliche Verbesserung der wahrgenommenen Wohnqualität feststellbar.

Ein unsicheres Aufenthaltsrecht macht eine Investition (Eigentumswohnung, Haus) zu einem unabschätzbaren Risiko. Selbst wenn davon ausgegangen wird, dass die monatliche Wohnungsmiete der In- und AusländerInnen gleich groß ist, muss berücksichtigt werden, dass AusländerInnen keinen Anspruch auf Wohnbeihilfe haben, obwohl sie den gleichen Anteil an Sozialabgaben wie die ÖsterreicherInnen bezahlen. Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen heben sich deutlich von Privatwohnungen durch bessere Qualität ab.

Die Sachlage am Wohnungsmarkt gibt Anlass zur Empfehlung, dass die Behörden und Wohnungsgenossenschaften den Wohnungszugang für MigrantInnen entweder verbessern müssen oder die Kontrolle über Qualität und Preis der Privatwohnungen wesentlich verstärkt werden muss.

Angesichts der steigenden Aufenthaltsdauer nichteingebürgerter MigrantInnen ist der Sinn einer bestimmten prozentuellen Begrenzung der Vergabe von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen zweifelhaft. Vielmehr ist hinter jeglicher Art der Beschränkung (in diesem Fall der Woh-

Personen türkischer Herkunft stärker betroffen

AusländerInnen haben keinen Anspruch auf Wohnbeihilfe

steigende Aufenthaltsdauer nichteingebürgerter MigrantInnen

nungsvergabe) eine gewisse Ratlosigkeit über die „Verträglichkeit“ von AusländerInnen zu vermuten.

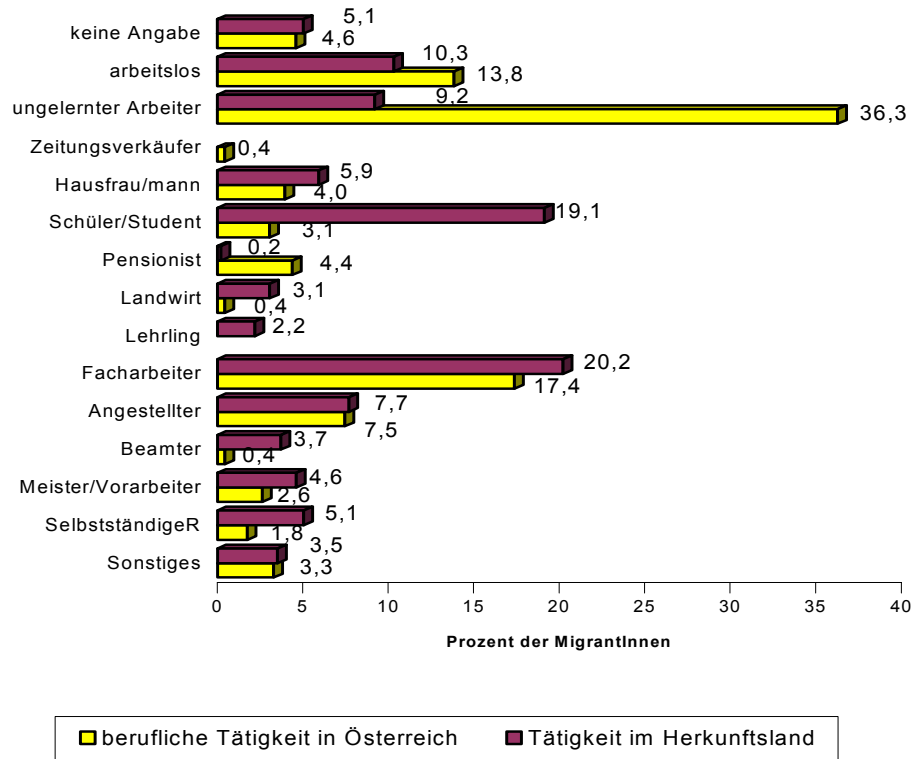
2.2. Berufliche Situation beziehungsweise Beschäftigung: unter dem Ausbildungsniveau

*viermal so viele
Personen als
ungelernte
ArbeiterInnen*

Ein Vergleich der beruflichen Tätigkeit im Herkunftsland mit der beruflichen Tätigkeit in Österreich zeigt, dass viermal so viele Personen in Österreich als ungelernete ArbeiterInnen tätig sind als in ihrem Herkunftsland (vgl. Abbildung 3).⁶ Die Angaben der Lehrlinge, der Schüler und Studenten entsprechen allerdings nicht der Grundgesamtheit, da Personen erst ab dem 19. Lebensjahr befragt worden sind. Die MigrantInnen wurden auch befragt, ob ihnen die gegenwärtige Arbeit Freude machen würde. Nur ein knappes Drittel äußerte sich dazu ablehnend. Die berufliche Dequalifizierung wird offensichtlich eher in Kauf genommen, als gar keine Arbeit zu haben. Auch der hohe Anpassungsdruck, der am Arbeitsplatz empfunden wird, schmälert die empfundene Freude an der Arbeit nicht.

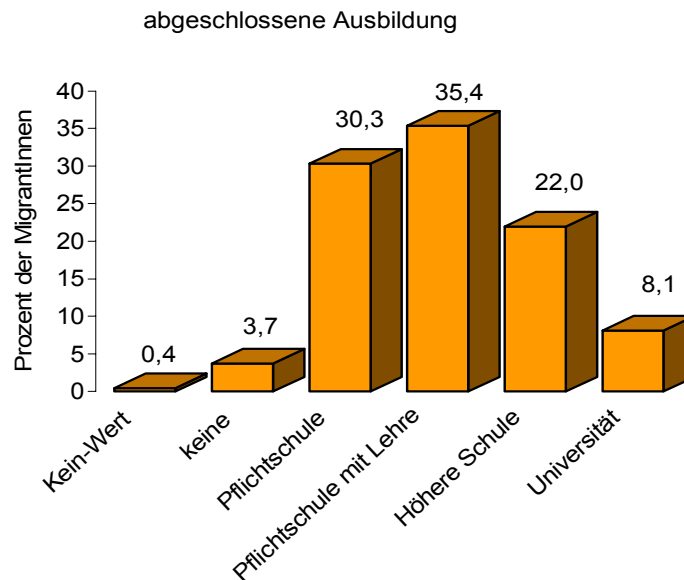
Anpassungsdruck

Abbildung 3: Gegenüberstellung der beruflichen Tätigkeit in Österreich und der im Herkunftsland



Eine Gegenüberstellung des Bildungsniveaus der MigrantInnen mit der Berufstätigkeit in Österreich weist ebenso eine bemerkenswerte Diskrepanz auf.⁷

Abbildung 4: Abgeschlossene Ausbildung



Zwei Drittel der Befragten verfügen über mittlere und höhere Bildungsabschlüsse und nur ein knappes Drittel ist in mittleren und höheren Positionen beschäftigt.

Einstufung der MigrantInnen unter ihrem Ausbildungsniveau

Fazit:

Die Einstufung der MigrantInnen im oberösterreichischen Arbeitsmarkt liegt großteils unter ihrem Ausbildungsniveau. Überqualifikation führt zu Lohndumping bei unqualifizierten Arbeitsplätzen und zu Konkurrenz mit unterqualifizierten Österreichern. Einer adäquaten Beschäftigungspraxis wird in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zukommen müssen.

Ausländische Arbeitskräfte sind vorwiegend in bestimmten Branchen beschäftigt bzw. in unterqualifizierten Positionen

(HilfsarbeiterInnen), während umgekehrt einzelne Segmente InländerInnen vorbehalten sind.

Unter ausländischen Arbeitskräften aller Bildungsstufen ist der Anteil der HilfsarbeiterInnen wesentlich höher als unter InländerInnen mit vergleichbarer beruflicher Qualifikation.

Über die Belastungen am Arbeitsplatz gibt eine Langzeitstudie des ÖSTAT Auskunft. Hervorzuheben sind insbesondere Staub (ehemaliges Jugoslawien 46 Prozent, Türken 34 Prozent, Österreicher 26 Prozent), Schmutz, Öl, Fett (39 Prozent, 35 Prozent zu 19 Prozent), Industrielärm (35 Prozent, 38 Prozent zu 21 Prozent) und Hitze (26 Prozent, 33 Prozent zu 21 Prozent). Dies sind durchwegs Belastungen, wie sie typischerweise für Tätigkeiten in der Industrie und im Gewerbe zutreffen. Entsprechend ihrer sozialrechtlichen Stellung (vorwiegend Arbeiter), den Berufsabteilungen und Wirtschaftsbereichen (vorwiegend Industrie und Gewerbe) arbeiten ausländische Staatsbürger zu höheren Anteilen an Wochenenden, abends, nachts und in Schichtarbeit. Besonders türkische Staatsbürger sind in stärkerem Ausmaß von belastenden Arbeitszeitformen betroffen; sie versehen zu 31 Prozent Schichtarbeit (ehemalige Jugoslawen 18 Prozent, Österreicher 15 Prozent), zu 22 Prozent arbeiten sie abends (ehemalige Jugoslawen 16 Prozent, Österreicher 9 Prozent), zu 21 Prozent an Wochenenden (ehemalige Jugoslawen und Österreicher jeweils 17 Prozent) und zu 14 Prozent nachts (ehemalige Jugoslawen 5 Prozent, Österreicher 9 Prozent).⁸

Für ausländische Frauen gilt, dass sie sowohl aufgrund ihres Geschlechts als auch aufgrund ihrer nichtösterreichischen Staatsbürgerschaft benachteiligt sind. Weibliche ausländische Beschäftigte verbleiben auf besonders niedrigem Lohnniveau auch nach längerer Aufenthaltsdauer.

Aus dem sekundären Arbeitsmarktsegment ist eine Aufwärtsmobilität für AusländerInnen mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Um hier nur annähernd Chancengleichheit herzustellen, müssten Sprachbarrieren abgebaut, Defizite im Bildungsbereich reduziert sowie rechtliche Integrationshemmnisse beseitigt werden.

Belastungen am Arbeitsplatz

vorwiegend Industrie und Gewerbe

belastende Arbeitszeitformen

weibliche Beschäftigte verbleiben auf besonders niedrigem Lohnniveau

3. Subjektive Wahrnehmungen der MigrantInnen: Wohlbefinden mangelhaft im Aufnahmeland

Heimatlosigkeit

Neben den objektiven (strukturellen) Gegebenheiten der Niederlassung sind die subjektiven Wahrnehmungen der MigrantInnen, das Gefühl der Sicherheit und der Identifikation mit dem Aufnahmeland untersucht worden. Auch die gefühlsmäßige Bindung an Österreich (das Gefühl der Zugehörigkeit), der Grund des Wohlfühlens und der Akzeptanz sind darunter zu verstehen. Dabei kann das folgende Ergebnis als aussagekräftig hervorgehoben werden: Drei Viertel der Befragten stimmten dem Statement zu: „Fühle mich in meiner Heimat nicht mehr und in Österreich noch nicht zu Hause.“

3.1. Begrenztes Vertrauen in Sicherheit und Gesetze

Gründe für diesen Ausdruck der Fremdheit

Was mögen die Gründe für diesen Ausdruck der Fremdheit sein?

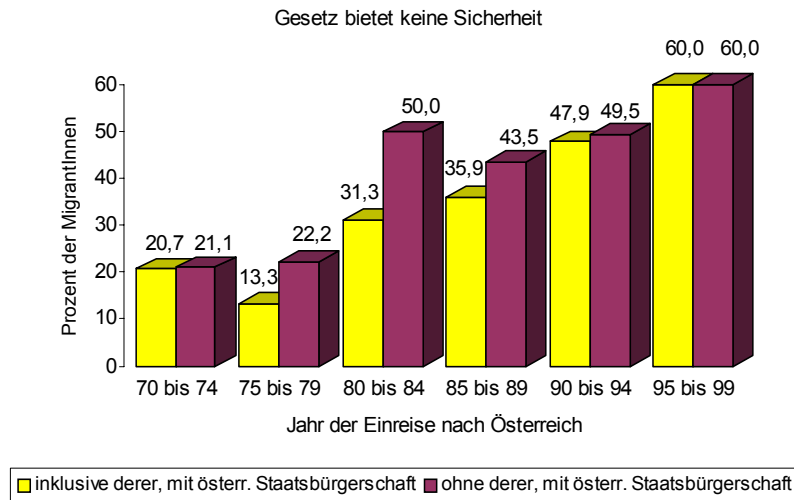
Personen, die sich schon lange in Österreich aufhalten, empfinden mehr Aufenthaltssicherheit, vor allem, wenn sie inzwischen eingebürgert wurden.

Eine Einschätzung der gesetzlichen Aufenthaltssicherheit variiert mit der Aufenthaltsdauer, aber nur dann, wenn inzwischen die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt wurde.

mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigt das Vertrauen

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigt das Vertrauen in die durch Gesetze geregelte Aufenthaltssicherheit. Auch dieser Zusammenhang wird maßgeblich von der erfolgten Einbürgerung determiniert.⁹

Abbildung 5: Einschätzung der gesetzlichen Aufenthaltssicherheit nach Einreisejahr



3.2. Umgang mit Traditionen – ambivalent

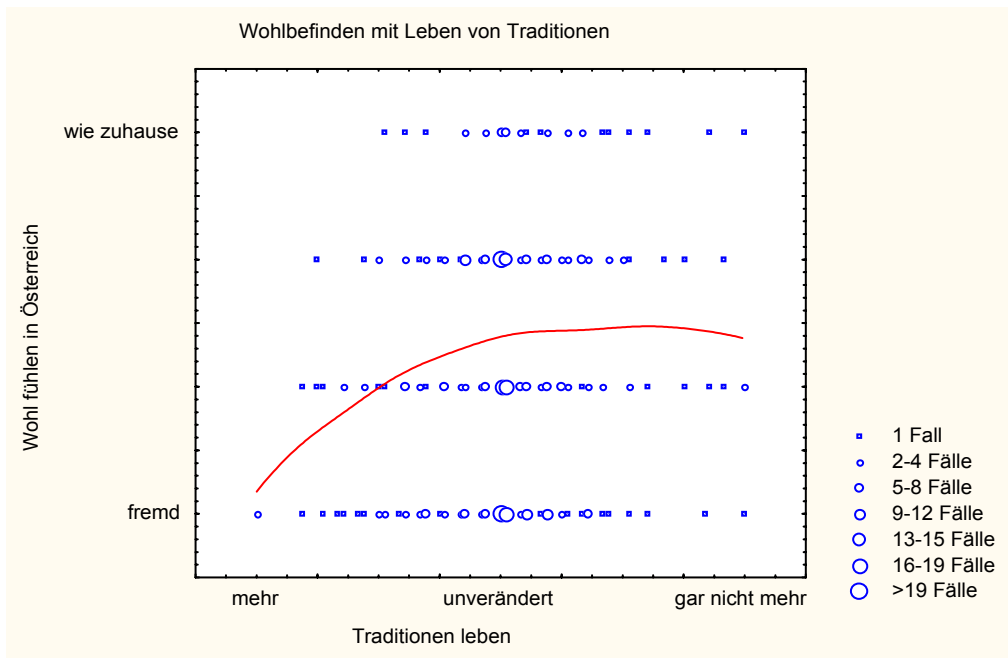
Die Entfremdung vom Herkunftsland und die mangelnde Identifikation mit dem Aufnahmeland sind ein Dilemma, das offensichtlich nur durch Einbürgerung gemildert wird. Um die Rückkehrabsichten nicht zu verbauen, wäre die Debatte um die Doppelstaatsbürgerschaft auch in Österreich zu aktualisieren.

Debatte um die Doppelstaatsbürgerschaft aktualisieren

Zunehmende Entfremdung vom Herkunftsland zeigt sich in der Vernachlässigung von Traditionen kultureller Art (Kleidung, Essen, Feste etc.). Nur in Fragen des Glaubens ist die Zurückhaltung der MigrantInnen geringer.

MigrantInnen, die sich in Österreich ausgegrenzt fühlen, tendieren mehr zu den Traditionen des Herkunftslandes. Noch stärkere Ausgrenzung kann die Folge sein.¹⁰

Abbildung 6: Wohlfühlen mit Traditionen leben

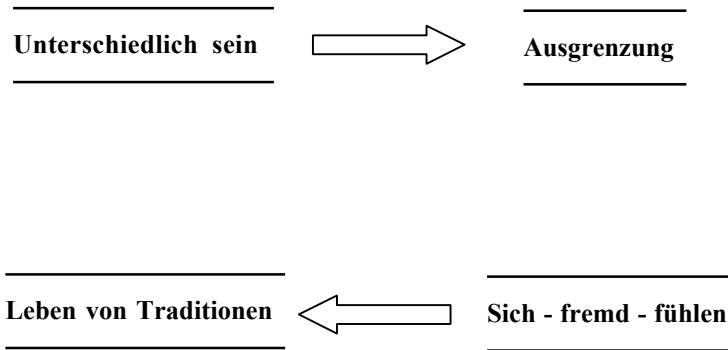


*zwischen
Tradition und
Grad des
Wohlfühlens
kein direkter
Zusammenhang*

Vorauszuschicken ist, dass zwischen der Aufrechterhaltung von Traditionen des Herkunftslandes (Kleidung, Essen etc.) und dem Grad des Wohlfühlens in Österreich kein direkter Zusammenhang besteht. Das bedeutet, dass es keineswegs des Ablegens von Traditionen bedarf, um sich in Österreich wohl (heimisch) zu fühlen. Interessant ist allerdings, dass jene MigrantInnen, die über Unbehagen in Österreich klagen, auch angeben, ihre Traditionen vermehrt zu praktizieren.

Personen, die angeben, sich in Österreich fremd zu fühlen, leben auch ihre Traditionen bewusster. Ausgrenzung verstärkt das Fremdfühlen und dieses wiederum das Klammern an Traditionen.

Abbildung 7: Wechselwirkung Wohlfühlen mit Traditionen leben¹¹



3.3. Soziale Netzwerke: Distanz zu österreichischen Vereinen, Sozialeinrichtungen und Ämtern

Subjektives Empfinden der Niederlassung wird auch beeinflusst durch den Umgang mit österreichischen Vereinen und Sozialeinrichtungen.

Eine gewisse Reserviertheit der MigrantInnen gegenüber den österreichischen Vereinen und Sozialeinrichtungen ist unübersehbar.

Reserviertheit

Dasselbe Ergebnis zeigt sich bei den Kontakten zu ÖsterreicherInnen, die wesentlich geringer sind als die Kontakte mit Landsleuten des Herkunftslandes.

Kontakte zu ÖsterreicherInnen

Das Bedürfnis lieber unter Landsleuten zu sein lässt sich daran erkennen, dass die Einbindung in die Gemeinschaften der ÖsterreicherInnen nur bedingt der Fall ist.

Gemeinsame Veranstaltungen, die konkret der Annäherung dienlich sind, würden dieses Gefühl der Zugehörigkeit stärken.

gemeinsame Veranstaltungen

<i>Menschen dritter Klasse</i>	61 Prozent der Befragten stimmten zu, dass ÖsterreicherInnen AusländerInnen als Menschen dritter Klasse behandeln. 53 Prozent der Befragten glauben, dass AusländerInnen Schwierigkeiten haben, in Lokale eingelassen zu werden. Zwei Drittel der befragten MigrantInnen sind der Meinung, dass ÖsterreicherInnen im alltäglichen Leben generell besser behandelt werden als AusländerInnen.
<i>von Beamten schikaniert</i>	Nahezu die Hälfte der MigrantInnen geben an, dass sie von Beamten schikaniert werden und mehr als die Hälfte der Befragten haben den Eindruck, dass ÖsterreicherInnen anders (besser) behandelt werden.
<i>positive Erfahrungen mit Magistrat und Finanzamt</i>	<i>Positive Erfahrungen mit Bediensteten des Magistrats und des Finanzamtes sind hervorzuheben.</i> Bei der Polizei (einschließlich der Fremdenpolizei) und dem AMS haben die MigrantInnen die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Eine spezielle Schulung der Bediensteten scheint notwendig zu sein. Bedienstete sind in ihrer täglichen Arbeit mit Herausforderungen und Aufgaben konfrontiert, die zu bewältigen einer entsprechenden Ausbildung bedürfen.
<i>Schulung der Bediensteten notwendig</i>	

3.4. Vorgebrachte Wünsche an die Kommunen

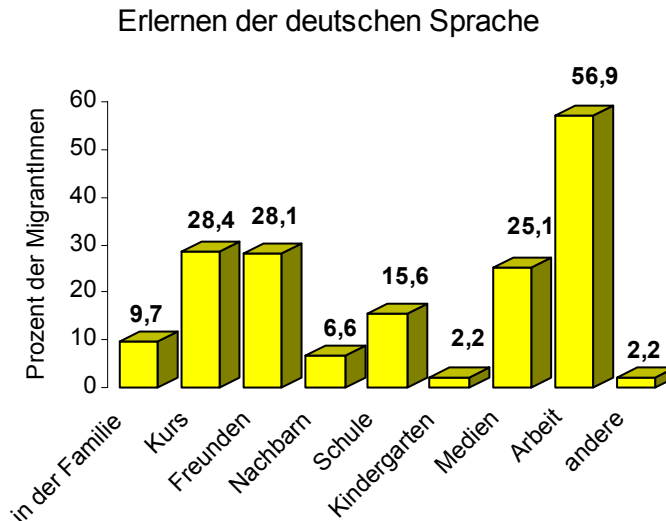
*an erster Stelle
sprachbezogene
Wünsche* Bei den angekreuzten Wünschen an Land/Stadt/Gemeinde liegen an erster Stelle sprachbezogene Wünsche (z. B. Deutschkurse, Formulare in Muttersprache u. a.), gefolgt von qualifikationsbezogenen Wünschen (wie Umschulung und Weiterbildung u. a.) und Schutz vor Ausländerfeindlichkeit (Schutz vor Benachteiligung, Ausländerbeirat u. a.). Auffällig stark wurden die Bereitschaft und der Wunsch nach politischer Partizipation ausgedrückt. 78 Prozent der Befragten hätten gerne das Wahlrecht. 60 Prozent wünschen sich das passive Betriebswahlrecht.

Damit kommt eindeutig der Wille zu mehr Mitbestimmung, Mitsprache und Anerkennung zum Ausdruck.

Angesichts einer zunehmenden Aufenthaltsdauer der MigrantInnen verdienen alle diese Punkte erhöhte Aufmerksamkeit in der Umsetzung durch die Entscheidungsträger.

Die persönliche Bereitschaft zur Niederlassung spiegelt sich u.a. in der Kenntnis der deutschen Sprache wider. Nahezu drei Viertel der Befragten geben an, (sehr) gut Deutsch zu sprechen.

Abbildung 8: Erlernen der deutschen Sprache



täglichen Leben und vor allem bei der Arbeit erlernt wird. Nahezu 30 Prozent geben an, in Kursen ihre Sprachkenntnisse erworben zu haben.¹²

Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass das Zuwanderungsalter der MigrantInnen ausschlaggebend ist: Je jünger Zuwanderer nach Österreich kommen, desto leichter fällt das Lernen und Sprechen der deutschen Sprache. Naturgemäß haben eine längere Aufenthaltsdauer sowie die höhere berufliche Stellung eine positive Wirkung auf die Deutschkenntnisse der AusländerInnen.¹³

Prozent
haben
Sprachkenntnisse
in Kursen
erworben

Diese Befunde lassen folgenden Schluss zu:

Wenn Sprachkenntnisse als ein wichtiger Faktor für die Integration von MigrantInnen gelten und die Beherrschung der Sprache gefördert werden soll, dann sollte die Zuwanderung in möglichst jungen Jahren gefördert werden.

*tolerantere
Handhabung des
Familiennachzugs*

Eine tolerante Handhabung des Familiennachzugs, die nicht zu mehrjährigen Wartezeiten führt, kombiniert mit Anreizen für ein frühzeitiges Nachholen der Kinder (z. B. durch ein verbessertes Angebot an vorschulischen Betreuungseinrichtungen), könnte sich positiv auf die Sprachkenntnisse der ausländischen Wohnbevölkerung auswirken.

Sprachkenntnisse stellen allerdings kein Allheilmittel dar, das die Probleme der Einwanderer abbaut und ihnen gleiche Chancen ermöglicht.

*berufliche
Weiterbildung am
Arbeitsplatz*

Es besteht überdies die Schwierigkeit, MigrantInnen unter Bedingungen der Diskriminierung, schlechter Wohn- und Arbeitsbedingungen zur Absolvierung von Sprachkursen zu ermutigen. Ebenso wichtig sind Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung am Arbeitsplatz, der als idealer Anknüpfungspunkt für den Spracherwerb gilt.

Bei unseren Recherchen in Steyr konnten wir feststellen, dass die Schule ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Mütter ist, sich sprachlich zu bilden. Mütter mit schulpflichtigen Kindern haben Interesse, mit den Kindern die deutsche Sprache zu erlernen.

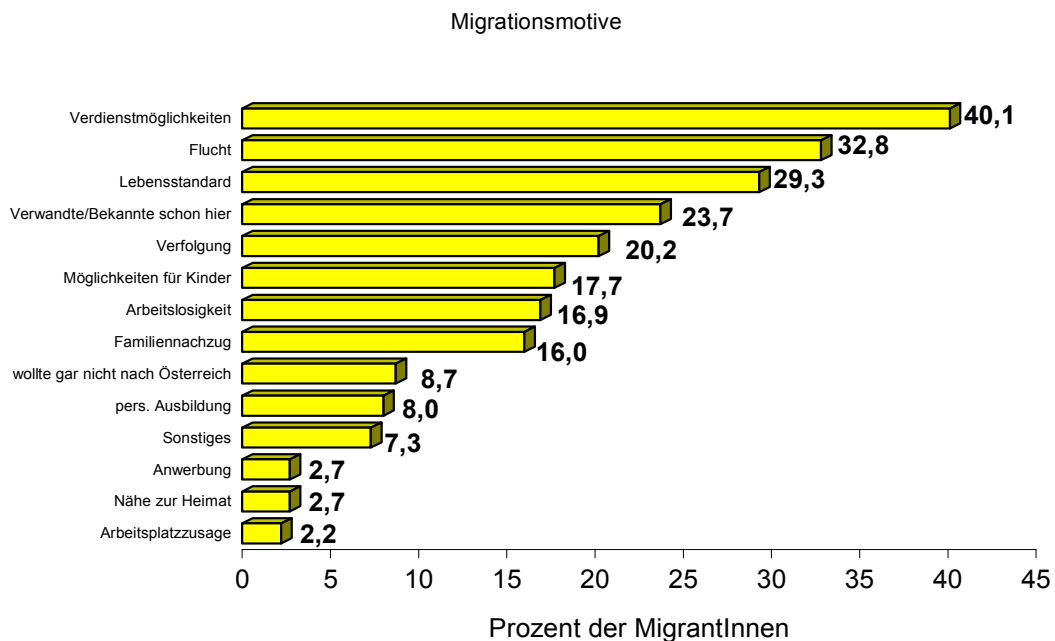
*Nischen, in
denen öffentliche
Institutionen
Maßnahmen
setzen könnten*

Sowohl die Unterstützung von Wirtschaftsunternehmen für Sprachkurse als auch die Schaffung von Kursangeboten in Schulen weisen Nischen auf, in denen öffentliche Institutionen Maßnahmen setzen könnten. (Hier sind die freien Anbieter kaum tätig.)

3.5. Migrationsmotive – politische und ökonomische Gründe

Die befragten MigrantInnen sind aus den in Abbildung 9 ersichtlichen Gründen nach Oberösterreich gekommen.¹⁴

Abbildung 9: Migrationsmotive



Es dominieren ökonomische Gründe, gefolgt von Fluchtgründen und familiären Gründen.

Der hohe Anteil an Fluchtgründen ist durch den hohen Anteil an BosnierInnen in Oberösterreich zu erklären, die mittlerweile einen neuen Status haben und deswegen in der Studie nicht mehr als Flüchtlinge aufscheinen.

*es dominieren
ökonomische
Gründe*

3.6. Ursprüngliche Erwartungen – in hohem Maße erfüllt

*Erwartungen
über Lebens-
standard bei
75 Prozent erfüllt*

Beachtliche Ergebnisse zeigen die Angaben über die Erfüllung der Erwartungen an das Aufnahmeland Österreich:

- Erhöhung des Lebensstandards (75 Prozent)
- Erwartungen für die Kinder (77 Prozent)
- Menschenwürdiges Leben (75 Prozent)
- Angstfreies Leben (mit Ausnahme der Türkinnen) (87 Prozent)

Alle aufgelisteten Erwartungen wurden von mehr als 3/4 der Befragten als erfüllt angegeben. Daraus könnte eine hoch anzusetzende Zufriedenheit angenommen werden, wenn nicht die w.o. angeführten Defizite (z. B. im Wohn- und Arbeitsbereich) diesen Eindruck wieder relativieren würden.

3.7. Unsicherheit über Verbleib oder Rückkehr

*tatsächlicher
Aufenthalt länger
als geplant*

Zwischen dem ursprünglich geplanten Aufenthalt in Österreich und der gegenwärtigen Einschätzung des Verbleibs bzw. der Rückkehr sind Unterschiede zu vermerken.

Der tatsächliche Aufenthalt fällt oft weitaus länger aus als geplant.

Gegenwärtig antwortet ein Drittel, nicht in die Heimat zurückkehren zu wollen. Ganz sicher in Österreich bleiben zu wollen gibt ein Viertel der Befragten an. (Die Differenz ist mit der Absicht erklärbar, in einem anderen Land, aber nicht im Herkunftsland leben zu wollen.)

*Motive der
Rückkehr*

Eine Bündelung der erhobenen Motive der Rückkehr weist ein besonders hervorzuhebendes Ergebnis auf:

Es sind in erster Linie emotionale bzw. sozialpsychologisch bedingte Motive (42 Prozent, Heimweh/Einsamkeit, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung etc.), warum die Befragten zurück in ihre Heimat tendieren.

Erst in zweiter Linie (mit 37 Prozent) schlagen jene Gründe zu Buche, die mit der Verbesserung der Verhältnisse im Herkunftsland zusammenhängen.

Anhand dieses ganz wichtigen Ergebnisses zeigt sich das Dilemma, in dem die MigrantInnen stecken:

Sie sind einerseits bemüht, hier in Österreich ihren Lebensmittelpunkt aufzubauen (1/3 aller Befragten will auf jeden Fall die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen und 15 Prozent sind grundsätzlich daran interessiert), andererseits sind sie mit einer Aufenthaltsunsicherheit sowohl rechtlicher und vor allem auch sozial-emotionaler Natur konfrontiert.

1/3 will auf jeden Fall die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen

Welche Konsequenzen können aus diesem Dilemma gezogen werden bzw. welche Empfehlungen lassen sich davon ableiten?

Kraft der Tatsache, dass ein weitaus höherer Anteil an Zugewanderten in Oberösterreich bleiben wird, als ursprünglich angenommen, sind die sozial-emotionalen Barrieren abzubauen.

Wie sehr sich jemand mit Oberösterreich emotional verbunden fühlt, ist einer der bedeutendsten Faktoren, der die Bleibe- bzw. Rückkehrabsichten von MigrantInnen beeinflusst. Je mehr sie sich mit dem Ort verbunden fühlen, je lieber sie hier leben und je verbundener sie sich mit anderen Menschen fühlen, desto eher wollen sie in Oberösterreich bleiben und desto geringer werden die Rückkehrabsichten sein.

Bindung an Oberösterreich

Die Entscheidung hier zu bleiben oder zurück in das Herkunftsland zu wollen ist zu einem guten Teil eine emotionale Entscheidung.

Das Zuwanderungsalter spielt insofern eine Rolle, als die Jugendlichen unter den MigrantInnen (19 – 25 Jahre) bei den Kontakten mit ÖsterreicherInnen in allen Lebenslagen weniger Diskriminierung empfinden.

Jugendliche empfinden weniger Diskriminierung

4. Welche Ergebnisse brachten die offenen Fragen?

Bei diesen Fragen wurde erhoben, welche Betreuungseinrichtungen den Befragten bekannt sind, was ihnen in Österreich gefällt und welche Wünsche sie an die Kommunen haben. Den höchsten Bekanntheitsgrad der Betreuungseinrichtungen in Oberösterreich haben Caritas, Volkshilfe,

<i>geringe Inanspruchnahme staatlicher Sozial- einrichtungen</i>	<p>gefolgt vom Verein zur Betreuung der AusländerInnen sowie die AK.</p> <p>Im Gegensatz dazu steht die geringe Inanspruchnahme staatlicher Sozialeinrichtungen (s.o.).</p> <p>In Österreich gefällt den Befragten vor allem die Landschaft, die Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit und das soziale Netz (Gesundheitssystem). Nur 9 Befragte brachten Wünsche an die Kommunen vor. Die vorgebrachten Wünsche betreffen die stärkere Berücksichtigung der religiösen Feiertage, die Sprachförderung und die Erleichterung im Verwaltungs- und Gesetzesbereich.</p> <p>21 Personen beurteilen den Bereich Arbeit besonders gut und meinen damit die vorhandenen Arbeitsplätze, die Arbeitsmoral, die Arbeitsdisziplin sowie die Arbeitszeit und die „noch immer stabile Beschäftigungspolitik Österreichs“.</p>
<i>Wertschätzung über die Untersuchung</i>	<p>Aus den Anmerkungen der Befragten ist einerseits die Wertschätzung herauszulesen, dass diese Untersuchung überhaupt stattfindet, andererseits die Sorge, ob sich wirklich etwas zugunsten der MigrantInnen verändert.</p>
<p>5. AusländerInnen in Oberösterreich – hoher Anteil an Erwerbsfähigen</p>	
<i>53 Prozent aus dem ehemaligen Jugoslawien</i>	<p>Der Fremdenanteil in Oberösterreich wird in den statistischen Aufzeichnungen des Landes Ende 1997 mit 6,8 Prozent angegeben. Der Großteil der AusländerInnen kommt aus dem ehemaligen Jugoslawien (53 Prozent). Aus der Türkei kommen 18 Prozent und aus Deutschland 10 Prozent. Die restlichen Prozentanteile kommen aus Rumänien, aus Polen, aus Tschechien, Ungarn und aus Ländern der Dritten Welt.</p>
<i>Höchststand 1994</i>	<p>Der Höchststand des Fremdenanteils in Oberösterreich wurde 1994 mit 109.791 erreicht. Seit 1994 ist dieser Anteil auf 93.731 gesunken.¹⁵</p>

Tabelle 2: In Oberösterreich lebende/registrierte AusländerInnen 1983 bis 1998

Stand jeweils 31.12.	Insgesamt	Deutschland	(ehem.) Jugoslawien	Türkei	Sonstige ¹⁶
1983	36.423	9.635	12.760	5.456	8.572
1984	36.258	9.815	12.084	5.262	9.097
1985	36.762	9.391	12.244	5.829	9.298
1986	39.084	9.401	12.634	6.335	10.714
1987	38.894	8.962	12.915	6.765	10.252
1988	40.412	8.320	13.091	7.718	11.283
1989	46.457	7.877	16.198	9.367	13.015
1990	62.306	8.813	24.616	12.455	16.422
1991	80.299	9.718	30.681	14.934	24.966
1992	93.704	9.558	38.528	16.412	29.206
1993	103.600	9.810	51.900	17.515	24.375
1994	109.791	10.670	55.190	18.691	25.240
1995	93.435	9.147	49.045	16.230	17.462
1996	94.168	9.357	49.119	16.576	17.405
1997	93.721	9.220	49.388	16.601	16.744
1998	95.990	9.561	50.647	17.061	16.894

(vgl. Amt der oberösterreichischen Landesregierung Statistischer Dienst 1995: 6 und Amt der oberösterreichischen Landesregierung Statistischer Dienst: Einwohnerstatistik 1995, 1996, 1997 und 1998)

Bezüglich Alter und Geschlechterverteilung der Fremden in Oberösterreich ist festzuhalten, dass ein großer Anteil an jungen Menschen männlichen Geschlechts nach Oberösterreich gekommen ist. Mit dem Stand vom 31.12.1994 waren 56,6 Prozent der in Oberösterreich lebenden Fremden männlich und 43,4 Prozent weiblich.

*56,6 Prozent
männlich*

74 Prozent der ausländischen Männer und 69 Prozent der ausländischen Frauen befinden sich im erwerbsfähigen Alter (15–69 Jahre). Unter den OberösterreicherInnen sind es 63 Prozent der Männer und 59 Prozent der Frauen.¹⁷

Tabelle 3: In- und AusländerInnen nach Alter und Geschlecht

Altersgruppen	Österreichische StaatsbürgerInnen Volkszählung 1991				AusländerInnen Stand 31.12.94			
	insgesamt		männlich	weiblich	insgesamt		männlich	weiblich
	absolut	in %	absolut	absolut	absolut	in %	absolut	absolut
0–5 Jahre	90.676	7,4	46.260	44.416	10.750	9,8	5.611	5.139
6–14	136.023	11,1	69.396	66.627	14.026	12,8	7.471	6.555
15–19	82.557	6,7	42.154	40.403	7.257	6,6	3.765	3.492
20–29	210.774	17,2	108.669	102.105	26.379	24,0	14.179	12.200
30–39	179.682	14,7	91.316	88.366	22.805	20,8	13.785	9.020
40–49	145.263	11,9	72.392	72.871	15.235	13,9	9.724	5.511
50–59	138.268	11,3	67.483	70.785	6.789	6,2	4.284	2.505
60 u.m.J.	240.599	19,7	90.765	149.834	6.397	5,8	3.235	3.162
unbekannt					153	0,1	87	66
insgesamt	1.233.689	100	588.348	635.341	109.791	100	62.141	47.650

(vgl. Amt der oberösterreichischen Landesregierung Statistischer Dienst 1995: 1 u. Oberösterreichische Sicherheitskonferenz 1996: 125f)

Der Anteil an ausländischen Arbeitskräften erreichte 1994 7,4 Prozent.

Der Großteil der ausländischen unselbstständig Erwerbstätigen kommt aus dem ehemaligen Jugoslawien (50 Prozent). 16 Prozent kommen aus der Türkei, 6 Prozent aus Rumänien und 4 Prozent aus der BRD.

Anteil der erwerbstätigen Männer unter den Ausländern größer

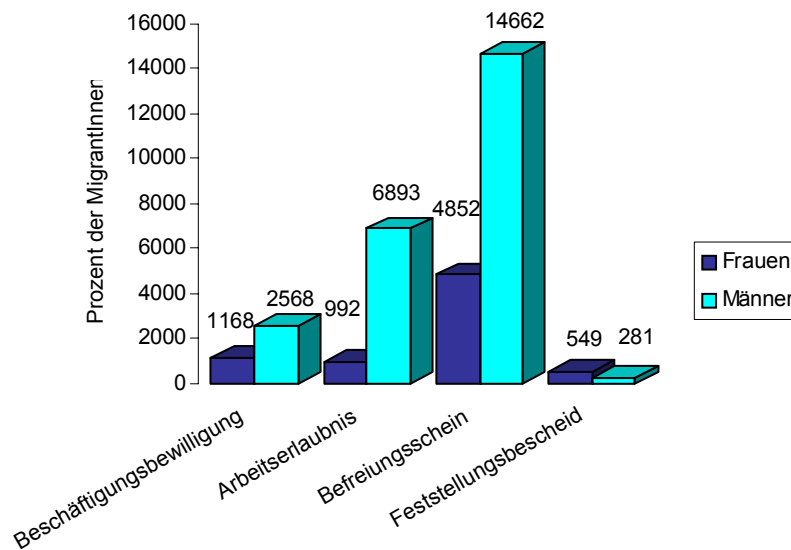
Es ist auffällig, dass der Anteil der erwerbstätigen Männer unter den Ausländern weitaus größer ist als der der Österreicher (69 Prozent zu 59 Prozent).

Bei den Frauen verhält es sich gerade umgekehrt: Nur 31 Prozent der in Österreich aufhaltigen Ausländerinnen sind erwerbstätig, im Gegensatz zu 41 Prozent der Österreicherinnen.

Das könnte für die Zukunft ein verstärktes Drängen von ausländischen Frauen auf den Arbeitsmarkt bedeuten.

Im Jahresdurchschnitt 1997 waren 35.041 AusländerInnen in Oberösterreich bewilligungspflichtig beschäftigt. Im Vergleich zu 1995/96 entspricht dies einem Minus von 1.804 oder 4,8 Prozent. 3.736 Personen waren mit einer Beschäftigungsbewilligung, 10.886 mit einer Arbeitserlaubnis und 19.514 mit einem Befreiungsschein beschäftigt (830 mit einem Feststellungsbescheid).¹⁸

Abbildung 10: Anzahl der Erteilungen nach Geschlecht



Der Großteil der in Österreich lebenden AusländerInnen sind aus den Drittstaaten als ArbeitsmigrantInnen einschließlich ihrer Familienangehörigen eingewandert.

geringer Anteil der anerkannten Flüchtlinge Der Anteil der anerkannten Flüchtlinge an den in Österreich lebenden AusländerInnen ist äußerst gering. Er wird für Oberösterreich auf 4,5 Prozent geschätzt.

6. Resümee – Integration ist zweckmäßig

nach 1960 erhöhter Bedarf an Arbeitskräften Die österreichischen Fremdengesetze sind als eine Reaktion auf eine offensive Anwerbepolitik entstanden. Das Wirtschaftswachstum nach 1960 führte zu einem erhöhten Bedarf an Arbeitskräften. Die Wirtschaftstreibenden forderten eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes. Die Ausdehnung des österreichischen Arbeitskräftepotentials erfolgte unter Einbindung ausländischer Arbeitskräfte. Der Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung wurde 1973 erreicht. 8,7 Prozent (226.800) der in Österreich Beschäftigten waren AusländerInnen.

Prinzip der Rotation Das Beschäftigungssystem war nach dem Prinzip der Rotation organisiert. In diesem System der Arbeitskräfte-rotation waren Gesetze wichtig, die jede Niederlassung erschwerten. Der Vorteil für das Unternehmen lag im Lohndruck aufgrund des gestiegenen Arbeitskräftepotentials, der Nutzen für den österreichischen Staat in der Ersparnis der Ausbildungskosten.

verstärkte Integration wäre von Nutzen Es ist davon auszugehen, dass eine verstärkte Integration der AusländerInnen im Aufnahmeland von Nutzen wäre. Die Aufenthaltsunsicherheit hat eine starke Orientierung zur Rückkehr der GastarbeiterInnen zur Folge und damit eine kontinuierliche Kapitalabwanderung.

starke Nachfrage nach unqualifizierten Arbeitskräften Durch die Hochkonjunktur in den 70er Jahren fand eine weitere Segmentierung am Arbeitsmarkt statt. Durch die Einführung von Fließband-, Schicht- und Akkordarbeit entstanden Arbeitsplätze, die eine starke Nachfrage nach unqualifizierten Arbeitskräften zur Folge hatten.

Der Anteil an AusländerInnen an den neu geschaffenen Arbeitsplätzen nahm enorm zu (z. B. 40 Prozent in der Elektroindustrie, 50 Prozent in der Eisen- und Metallindustrie).

Die Expansion des Dienstleistungssektors ging mit der Entstehung typischer Frauenjobs einher (z. B. im Beherbergungs- und Gaststättenwesen).

*Entstehung
typischer
Frauenjobs*

Eine zunehmende Entkoppelung der aufstiegsorientierten InländerInnen und der ausländischen Arbeitskräfte führte zu einer Etikettierung von Ausländerjobs. Aus gegenwärtiger Sicht kann die Konkurrenz zwischen In- und AusländerInnen nicht ganz ausgeschlossen werden. Wenn die qualifizierten Arbeitsplätze abnehmen, drängen qualifizierte InländerInnen auf weniger qualifizierte Arbeitsplätze. Ob dort bereits AusländerInnen anzutreffen sind, ist zweifelhaft, aber nicht ausgeschlossen.

Wahrscheinlicher ist ein anderes Szenario: Qualifizierte Arbeitsplätze wachsen mit den Innovationsschüben. Sie werden allerdings nur von einer sehr flexiblen, hochversierten Bildungsschicht besetzt, die sich von einer unflexiblen und wenig versierten Bildungsschicht zu differenzieren beginnt. Konkurrenz wird zunehmend eher zwischen den Inhabern unterschiedlicher Ausbildungsniveaus entstehen als zwischen InländerInnen und AusländerInnen.

*Konkurrenz eher
zwischen den
Inhabern
unterschiedlicher
Ausbildungs-
niveaus*

Anmerkungen:

- 1 Die Langfassung des Projektberichtes ist im Sekretariat des Instituts für Soziologie, Abteilung für Theoretische Soziologie, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz bei Frau Schütz erhältlich.
- 2 Gunz, J., Kainz, G., Maurhart, A., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, Perspektiven einer Integrationspolitik, Linz, 1999, S. 112
- 3 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 118
- 4 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 120
- 5 Eingebürgerte MigrantInnen
- 6 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 140
- 7 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 137
- 8 Hammer, G., Lebensbedingungen von Ausländern in Österreich, Statistische Nachrichten, ÖSTAT 11/1999, S. 965-980
- 9 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 148
- 10 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 151
- 11 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 152
- 12 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 165
- 13 Vgl. dazu auch: Hofinger, C., Liegl, B., Unger, T., Waldrauch, H., Wroblewski, A., Zuser, P., Einwanderung und Niederlassung II, Soziale Kontakte, Diskriminierungserfahrung, Sprachkenntnisse, Bleibeabsichten, Arbeitsmarktintegration und Armutsgefährdung der ausländischen Bevölkerung in Wien, IHS, Wien 1998
- 14 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 167
- 15 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 220
- 16 Mit „Sonstige“ sind die „sonstigen Drittstaatenangehörigen“ gemeint, die „sonstigen EU-BürgerInnen“ sind in dieser Zahl nicht inkludiert.
- 17 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 222
- 18 Gunz, J., et.al., Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, a.a.O., S. 231

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at